

Umwelt- erklärung 2023



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Inhalt

1	Zusammenfassung	6
2	Das BMI und seine Aufgaben	7
3	Das Umwelt-Leitbild	8
4	Die EMAS-Standorte	9
1.1	Der Dienstsitz in Berlin	9
1.2	Der Dienstsitz in Bonn	11
5	Umweltmanagementsystem	12
1.3	Organisationsstruktur und Verantwortlichkeiten	12
1.4	Betrieb des Umweltmanagementsystems	13
6	Umweltaspekte	14
1.5	Direkte Umweltaspekte	14
1.6	Indirekte Umweltaspekte	15
7	Umweltleistung	18
8	Umweltprogramm	25
1.7	Verbräuche erfassen, analysieren und visualisieren	25
1.8	Umweltbelastungen vermeiden, reduzieren und beseitigen	26
1.9	Konkrete messbare Reduktionsziele entwickeln und vereinbaren	26
9	Kontext des BMI	27
10	Bindende umweltrechtliche Verpflichtungen	28
11	Erklärung des Umweltgutachters und EMAS-Urkunden	30
12	Abbildungsverzeichnis	34
13	Abkürzungsverzeichnis	34
	Impressum	36

Vorwort

Angesichts der vielen aktuellen Krisen weltweit – vom immer noch andauernden Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, einer angespannten Migrationslage bis hin zum jüngsten terroristischem Anschlag der Hamas auf Israel und seinen Folgen, die zu Recht all unsere Aufmerksamkeit benötigen – gerät eine Krise zuweilen in den Hintergrund: die Klimakrise. Sie ist stiller, schleicher und nicht für alle Menschen auf dieser Welt gleichermaßen stark zu spüren. Doch heute können wir bereits verheerende Ausmaße sehen: Seien es die schweren Überschwemmungen in Libyen oder die durch Dürre und Trockenheit begünstigten Waldbrände auf der griechischen Insel Rhodos oder im Amazonas Regenwald. Auch hierzulande haben wir z.B. mit der Flut im Ahrtal die Auswirkungen bereits gespürt und Wetterextreme in unseren Breitengraden erlebt.

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat ist u. a. zuständig für die innere Sicherheit Deutschlands, Migrationsfragen und den Zivil- und Katastrophenschutz. Die Bewältigung von durch den Klimawandel ausgelösten Ereignissen und Entwicklungen gehört zu unseren Aufgaben, beispielsweise wenn Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren und sich auf den Weg nach Europa machen oder die Bevölkerung nach einem Extremwetterereignis geschützt werden muss.

Wir wollen auch darüber hinaus unseren Beitrag für den Klimaschutz leisten! Denn besser ist es, wenn eine Krise gar nicht erst entsteht oder noch rechtzeitig eingedämmt werden kann. Dazu verpflichtet uns das im Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarte 1,5-Grad-Ziel. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn alle mitmachen – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Auch die Bundesverwaltung kann sich davor nicht verschließen. Im Gegenteil: Wir möchten unserer Vorbildwirkung gerecht werden und die Liegenschaften des Bundesinnenministeriums sowie die Arbeitsabläufe nach und nach so klimafreundlich wie möglich gestalten. Hierzu verpflichtet auch das Bundesklimaschutzgesetz, nach dem sich die Bundesverwaltung bis 2030 klimaneutral organisieren muss.

Wir haben das europäische Umweltmanagementsystem EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) eingeführt und uns einer strengen unabhängigen Prüfung unterzogen. Erstmals wurden Verbrauchsdaten erhoben und analysiert, in welchen Bereichen wir die meisten CO₂e-Emissionen ausstoßen. Wir wissen, wo wir stehen und wo wir hinwollen. Auf dieser Grundlage haben wir in einem Umweltprogramm Ziele und Maßnahmen formuliert, um unsere Verbräuche und Emissionen zu reduzieren. Wir haben uns fest vorgenommen, jedes Jahr ein Stück besser zu werden. In dieser Umwelterklärung informieren wir über unser Vorgehen und machen transparent, wie sich das Bundesinnenministerium dieser Aufgabe angenommen hat.



Dabei ist mir sehr bewusst, dass wir hier eine Gratwanderung begehen zwischen Erreichung der Umweltziele einerseits und Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit und auch der Lebensqualität andererseits. Ich weiß, dass über einzelne Maßnahmen viel diskutiert wird und einige davon teilweise als Gängelung empfunden werden. So sind sie nicht gemeint und es ist wichtig, dass wir hierüber im Gespräch bleiben.

Andererseits aber: Jeder Schritt in Richtung Klimaneutralität macht einen Unterschied. Wir sind dabei – machen auch Sie mit.

A handwritten signature in black ink, reading "Hans-Georg Engelke". The signature is written in a cursive, flowing style.

Hans-Georg Engelke
Staatssekretär

1 Zusammenfassung

Klimaneutralität und nachhaltige Entwicklung sind zwei der bedeutendsten, wenn nicht die bedeutendsten Themen dieser Dekade.

Das Klimaschutzgesetz verpflichtet den Bund, zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele beizutragen und die Bundesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu organisieren.

Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) ist Teil der Bundesverwaltung. Es ist als oberste Bundesbehörde mit einem großen Haus und zahlreichen Geschäftsbereichsbehörden der Transformation zur Klimaneutralität in Deutschland verpflichtet. Damit einher geht auch eine besondere Vorbildfunktion und Vorbildwirkung.

In Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung¹ hat das BMI daher entschieden, das umfangreiche Umweltmanagementsystem EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) einzuführen mit dem Ziel, seine Umweltleistung kontinuierlich zu verbessern und insbesondere seine CO₂-Emissionen zu senken.

Das BMI hat seinen Sitz in Berlin und in Bonn. Im ersten Schritt wurde begonnen, EMAS an den Berliner Standorten Moabiter Werder und Bundeshaus einzuführen, in einem zweiten Schritt am Bonner Standort Graurheindorfer Straße. Auf diese Weise werden die Themen Klima- und Umweltschutz im BMI sichtbar und kontrollierbar. Mit Hilfe von EMAS werden die Verbräuche von Ressourcen und Emissionen regelmäßig erfasst und analysiert, um auf dieser Grundlage konkrete Verbesserungsmaßnahmen zu planen und umzusetzen.



Mit dieser Umwelterklärung veröffentlicht das BMI die aktuellen Umweltdaten für die Jahre 2019 bis 2022.

¹ Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050, BT-Drs. 19/13900.

2 Das BMI und seine Aufgaben

Die Aufgaben des BMI sind ebenso vielfältig wie verantwortungsvoll. Das Spektrum reicht von der Rolle als Hüterin der Verfassung und Förderin des gesellschaftlichen Zusammenhalts über die Integration, Sportförderung des Bundes bis hin zur Informationstechnik.

Das BMI ist als Sicherheitsbehörde verantwortlich für die Sicherheit Deutschlands. Als „Verfassungs- und Kommunalministerium“ kümmert es sich um die Modernisierung von Staat und Verwaltung. Daneben zählen Kernfragen unserer staatlichen und föderalen Ordnung zum Aufgabenbereich, wie beispielsweise das Wahlrecht. Grundlage unseres politischen wie gesellschaftlichen Miteinanders bildet die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sie

muss von den Menschen vor Ort jeden Tag mit Leben erfüllt werden. Deswegen haben das Ehrenamt und die politische Bildung einen festen Platz im Aufgabenspektrum des Hauses.

Etwa 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im BMI tätig, um diese Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erfüllen zu können.

Daneben unterstützen 19 Behörden und Einrichtungen als Ansprechpartner für Fachfragen die Arbeit des Ministeriums. Circa 85.000 Beschäftigte arbeiten im Geschäftsbereich des BMI, davon circa 50.000 bei der Bundespolizei. Das BMI hat die Aufsicht über folgende Behörden und Einrichtungen.

Tabelle 1: Übersicht der 19 Geschäftsbereichsbehörden des BMI

Bundesausgleichsamt (BAA)	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV)
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)
Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS)	Beschaffungsamt des BMI (BeschA)
Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)
Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp)	Bundeskriminalamt (BKA)
Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG)	Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)
Bundespolizei (BPOL)	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)
Bundesverwaltungsamt (BVA)	Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (HS Bund)
Statistisches Bundesamt (StBA)	Technisches Hilfswerk (THW)
Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS)	



3 Das Umwelt-Leitbild

Mit dem Umwelt-Leitbild verpflichtet sich das BMI auf die Umweltziele, den Klimaschutz, den sorgsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und die größtmögliche Verringerung von Emissionen. Das Leitbild ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbindlich und bildet die Grundlage für ein nachhaltiges Verwaltungshandeln.

Das BMI will konkrete Maßnahmen ergreifen, die zu einer größtmöglichen Vermeidung, Verringerung oder Beseitigung von Umweltbelastungen führen. Hierfür müssen die Verbräuche von Ressourcen und Emissionen erfasst, analysiert und visualisiert werden. Das hierfür eingerichtete Umweltmanagementsystem wird fortlaufend verbessert.

Aufgrund der Zuständigkeit des BMI für die Sicherheit in Deutschland muss die Betriebs- und Arbeitsfähigkeit an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr gewährleistet sein. Die Aufgabenerfüllung darf nicht beeinträchtigt werden. Unterschiedliche Interessen in Bezug auf den Ressourcenverbrauch müssen in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.

Das BMI wirkt an allen Gesetzgebungsverfahren mit und wird dabei auch auf die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen und der höchstrichterlichen Entscheidungen zum Klimaschutz achten.

Um den globalen Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, bedarf es eines kulturellen Wandels, neuer Ideen und Wertvorstellungen. Das BMI will hieran in dem Bewusstsein mitwirken, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt ein zentraler Baustein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist.

Dieses Leitbild steckt den Handlungsrahmen für das Umweltmanagementsystem nach EMAS ab, das als dauerhaftes Instrument zur Erfüllung der umweltbezogenen bindenden Verpflichtungen und zur kontinuierlichen Verbesserung der Umwelleistung eingeführt wurde.

4 Die EMAS-Standorte

Das BMI hat die Standorte, an denen EMAS eingeführt wurde, langfristig von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) gemietet. Es gilt das Einheitliche Liegenschaftsmanagement des Bundes (ELM). Danach ist die BImA – die Immobiliendienstleisterin des Bundes – für Bewirtschaftung, Bauunterhalt, Modernisierungen sowie für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten zuständig. Das BMI zahlt der BImA dafür Miete sowie Betriebs- und Nebenkosten.

1.1 Der Dienstsitz in Berlin

Das BMI hat seinen ersten Dienstsitz seit dem 12. Juli 1999 in Berlin. Zunächst wurde hier an zwei ganz unterschiedlichen Standorten mit der EMAS-Einführung begonnen: in einem großen, modernen Neubau, dem Moabiter Werder, sowie einem denkmalgeschützten Altbau, dem Bundeshaus. Am Standort Englische Straße wird EMAS nicht eingeführt.

Standortbeschreibung Moabiter Werder

Der Standort Moabiter Werder, Alt-Moabit 140, liegt inmitten des Regierungsviertels in unmittelbarer Nähe zum Bundeskanzleramt. Der Berliner Hauptbahnhof ist nach einem fünfminütigen Fußweg zu erreichen.

Der Moabiter Werder wurde nach vierjähriger Bauzeit in 2015 durch das BMI bezogen. Auf einer Nutzfläche von rd. 40.000 m² befinden sich hier circa 1.150 Büros sowie zugehörige Flächen, wie Flure, Besprechungsräume, Teeküchen, Lager, Sanitärräume, technische Betriebsräume, ein Copy-Center für die Vervielfältigung von Unterlagen in größerer Stückzahl sowie eine Kantine. Über einen Fettabscheider wird das hier anfallende

Schmutz- und Spülwasser vorgereinigt, bevor es in die Kanalisation gelangt. Während das Abwasser anschließend in die Kläranlage geleitet wird, werden die abgeschiedenen Fette, Öle und Essensreste gesondert entsorgt.

Am Standort befindet sich ein Rechenzentrum, das den Betrieb der IT sicherstellt. Zur Gewährleistung der Betriebs- und Arbeitsfähigkeit im Krisenfall verfügt das BMI über Netzersatzanlagen. Eingehende Post- und Paketsendungen werden mittels einer Röntgenanlage durchleuchtet.

Das gesamtheitliche Energiekonzept des Gebäudes beinhaltet die Nutzung einer sehr energieeffizienten Geothermie-Anlage. Diese wird für bestimmte Räume wie Treppenhäuser, Atrien und den Konferenzbereich um Fernwärme zur Beheizung des Gebäudes ergänzt. Daneben wird Abwärme aus dem Rechenzentrum genutzt. Außenliegender Sonnenschutz vor den Fenstern des Gebäudes dient der Regulierung der Temperatur sowie des Lichteinfalls in den dahinterliegenden Räumen.

Sowohl Teile der Dachflächen des Hauptgebäudes als auch die Flachdächer der Personen- und Kfz-Kontrolle sowie die überdachten Fahrradständer haben eine Dachbegrünung.

Begrenzt wird das Gebäude auf zwei Seiten von der Protokolleinfahrt bzw. auf der gegenüberliegenden Seite durch einen Eingang für die Beschäftigten sowie auf den anderen Seiten durch die S-Bahnbögen und gegenüberliegend einer Grünfläche mit Bäumen, einer Wildwiese und Bienenstöcken.

Aufgrund der Vorgabe zur wirtschaftlichen Nutzung des rund 36.000 m² großen bundeseigenen Grundstückes enthält der Bebauungsplan für den Moabiter Werder noch einen weiteren Bau teil mit circa 6.000 m² Nutzfläche. Die zu dessen Realisierung aktuell laufenden Bauarbeiten sollen in 2024 abgeschlossen und das Gebäude mit dem Zertifikat „Silber“, entsprechend dem Nachhaltigen Bauen für Bundesgebäude, in 2025 bezugsfertig sein. Da die Kapazitäten für Geothermie auf dieser Liegenschaft bereits ausgeschöpft waren, wurde auf den Dachflächen des Bestandsgebäudes eine PV-Anlage installiert, die eine Kühlung mit regenerativer Energie im Erweiterungsbau ermöglichen wird.

Am Standort Moabiter Werder betreibt das BMI einen Fuhrpark mit 18 Dienstkraftfahrzeugen, davon ist eines ein reines Elektrofahrzeug und 14 sind Hybridfahrzeuge.

Bis Ende 2024 soll der Fuhrpark auf einen reinen Elektrobetrieb umgestellt werden. Für die Dienst-

kraftfahrzeuge sind derzeit sieben Ladesäulen mit je zwei Ladepunkten à 11 kW in Betrieb, nach Fertigstellung des Erweiterungsbaus kommen zwei Ladesäulen mit je zwei Ladepunkten von 11 kW hinzu, vier weitere Ladesäulen mit je zwei Ladepunkten à 175 kW sind derzeit in der Planung.

Vier der bereits freigeschalteten Ladesäulen werden den Beschäftigten bzw. den Besucherinnen und Besuchern des BMI zum Laden ihrer privaten PKW zur Verfügung gestellt.

Derzeit arbeiten am Standort Moabiter Werder nach einer Verdichtung der Büroflächen sowie der Einführung von Desksharing in 2021 rund 1.350 Beschäftigte (Stand: 31.08.2023).

Standortbeschreibung Bundeshaus

Der Standort Bundeshaus, Bundesallee 216–218, befindet sich im Berliner Ortsteil Wilmersdorf. Eine U-Bahnstation direkt vor dem Gebäude ermöglicht dessen bequeme Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr.



Der Gebäudekomplex des Bundeshauses wurde von 1893 bis 1895 errichtet und diente als Verwaltungsgebäude für die Königlich Preußische Artillerieprüfungskommission. Nach teilweiser Zerstörung im Zweiten Weltkrieg erfolgte der Wiederaufbau. Am 17. April 1950 weihte Bundeskanzler Konrad Adenauer das Bundeshaus ein. Seitdem ist es Dienstsitz verschiedener Institutionen des Bundes mit Büros und Besprechungsräumen. Das gesamte Gebäudeensemble steht unter Denkmalschutz. Im Innenhof gibt es einen alten Baumbestand.

Auf dem Gelände des Bundeshauses befindet sich eine Werkstatt, in der kleinere Reparaturen durchgeführt werden können. In 2020 wurde die Kantine im Bundeshaus zunächst außer Betrieb genommen. Drei Jahre später, im Juni 2023, nahm die Kantine mit einem neuen Pächter wieder den Betrieb auf. Auch hier gibt es einen Fettabscheider.

Eine Netzersatzanlage sichert bei einem Ausfall des allgemeinen Stromnetzes die Stromversorgung.

Für den Standort Bundeshaus sind vier Ladesäulen mit je zwei Ladepunkten in Planung, davon werden drei Ladesäulen auch den Beschäftigten bzw. Besucherinnen und Besuchern zur Verfügung gestellt.

Derzeit arbeiten im Bundeshaus etwa 150 Beschäftigte des BMI (Stand: 31.08.2023).

1.2 Der Dienstsitz in Bonn

Im Jahr 2022 wurde bei einem dritten Standort des BMI begonnen, EMAS einzuführen: in der Graurheindorfer Straße 198 in Bonn. Hervorzuheben ist bei diesem Standort insbesondere, dass es sich um ein Campusgelände handelt, welches neben dem BMI von der Beauftragten für Kultur

und Medien (BKM), dem Statistischen Bundesamt (StBA), dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Bundesinstitut für Sportwissenschaften (BISp), dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) sowie der BImA selbst genutzt wird. Die Gebäude des Campusgeländes wurden zwischen 1913 und 1983 errichtet. Das BMI nutzt vier Gebäude für Büros und Besprechungsräume. Die Kantine ist anteilig gemietet und wird vom Sozialring beim BMI e.V. betrieben.

Der Standort Graurheindorfer Straße ist vom Hauptbahnhof Bonn innerhalb von 15 Minuten mit der Straßenbahn oder dem Bus zu erreichen. Das Haus 10, in dem sich die Kantine und Sitzungsräume befinden, verfügt über ein begehbare „grünes Dach“, welches wärme- und kälteregulierend wirkt. Zudem ist hier eine Wärmerückgewinnungsanlage eingebaut. Ein Fettabscheider sorgt für eine Vorreinigung des in der Kantine anfallenden Schmutzwassers. Im Jahr 2019 wurden Bienenwiesen sowie ein Insektenhotel auf dem rund 52.000 m² großen Grundstück eingerichtet. Es gibt einen umfangreichen Baumbestand sowie große Grün- und Rasenflächen.

Seit mehr als 30 Jahren ist die Liegenschaft an das Fernwärmenetz der Stadt Bonn angeschlossen. Eine Netzersatzanlage sichert für das BMI die Stromversorgung bei einem Ausfall des allgemeinen Stromnetzes. Das Rechenzentrum des BMI stellt den Betrieb der IT sicher.

Die Errichtung von Ladesäulen ist geplant. Der Fuhrpark umfasst vier Dienstkraftfahrzeuge, davon sind drei Hybridfahrzeuge.

Am Standort Graurheindorfer Straße arbeiten etwa 110 Beschäftigte des BMI (Stand: 31.08.2023).

5 Umweltmanagementsystem

Ein im Intranet (iNet) für alle Beschäftigten einsehbares Umweltmanagementhandbuch beschreibt im Detail die Funktionsweise des Umweltmanagementsystems im BMI.

1.3 Organisationsstruktur und Verantwortlichkeiten

Mit der Organisation des Umweltmanagements sind insbesondere die für den Betrieb des Hauses zuständigen Leitungs- und Arbeitseinheiten befasst. Es werden aber auch Referate eingebunden, die fachliche Bezüge zu einzelnen Fragen des Umweltmanagementsystems und der Umweltleistung des BMI haben.

Umweltteam

Das Umweltteam erarbeitet und steuert die einzelnen Schritte des Umweltmanagementsystems. Es wurde zunächst in einer unselbständigen Projektgruppe „Klimaneutrales Ressort BMI“ organisiert. Auch um das Thema im BMI selbst sowie nach außen sichtbar zu machen und zu stärken, wurden die Aufgabe „Klimaneutrales Ressort“ sowie die organisatorische Federführung für die Einführung von EMAS im BMI in eine dauerhafte organisatorische Struktur (Arbeitsgruppe) überführt.

Im Umweltteam sind insbesondere Beschäftigte der in der Zentralabteilung Z für die im Haus BMI zuständigen infrastrukturellen Servicebereiche Informations- und Kommunikationstechnik, Innerer Dienst, Sicherheit- und Haustechnik sowie Dienstreisen tätig. Diese Zusammensetzung stellt sicher, dass alle für das Umweltmanagementsystem bedeutsamen Bereiche in den gesamten Prozess eng eingebunden sind. Zugleich

können Ergebnisse zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung direkt in die regulären Abläufe integriert werden. Auch die Brandschutzbeauftragten sowie Fachkräfte für Arbeitssicherheit und die BImA als Eigentümerin und Vermieterin der Standorte werden über im Umweltteam mitwirkende Beschäftigte eingebunden. Alle Mitglieder des Umweltteams tauschen sich in regelmäßig geplanten Besprechungen aus.

Umweltmanagementbeauftragter

Die Aufgabe des Umweltmanagementbeauftragten wird vom Leiter der Unterabteilung Zentrale Dienste II (Z II) wahrgenommen. In die Zuständigkeit des Unterabteilungsleiters Z II fallen unter anderem die für die Einführung des Umweltmanagementsystems im BMI besonders relevanten Bereiche Innerer Dienst, Haustechnik und das Travelmanagement (Dienstreisen), aber beispielsweise auch der Haushalt. Der Umweltmanagementbeauftragte sorgt für die Einführung und Aufrechterhaltung des Umweltmanagementsystems. Er ist zentrale Ansprechperson für das Umweltmanagement im Haus und berichtet der Hausleitung über die Leistung des Umweltmanagementsystems. Damit ist er das Bindeglied zwischen Umweltteam und Umweltausschuss.

Der Umweltmanagementbeauftragte leitet die regelmäßigen Arbeitstreffen des Umweltteams, an denen verschiedene Fachreferate des BMI, die Bezüge zu umweltrelevanten Themen haben, sowie die Beauftragten und Interessenvertretungen der Beschäftigten teilnehmen, um einen breiten Informationsaustausch sicherzustellen.

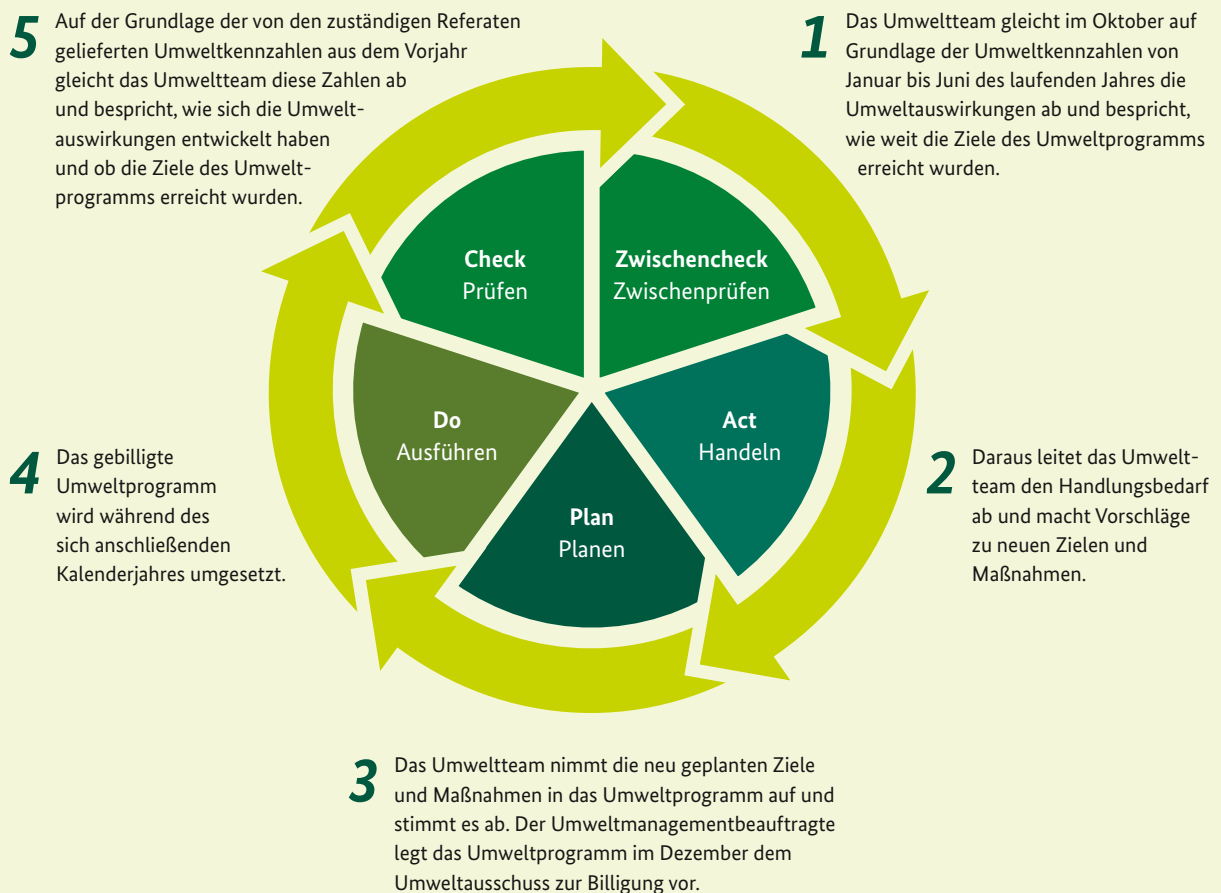
Umweltausschuss

Der Umweltausschuss ist in Vertretung der Leitung des BMI das oberste Entscheidungsgremium. Er setzt sich aus dem für die Zentralabteilung zuständigen Staatssekretär und dem Abteilungsleiter der Zentralabteilung zusammen. Der Umweltausschuss prüft, bewertet und billigt die erarbeiteten Schritte, Ergebnisse und Maßnahmen. Auf diese Weise steuert und lenkt der Umweltausschuss das Umweltmanagement des BMI strategisch.

1.4 Betrieb des Umweltmanagementsystems

Für den Betrieb des Umweltmanagementsystems ist die Sicherstellung der kontinuierlichen Verbesserung ganz entscheidend. Hierfür ist ein jährlicher Kreislauf unter Anwendung der PDCA (Plan-Do-Check-Act)-Methode eingerichtet.

Abbildung 1: Darstellung des Plan-Do-Check-Act-Kreislaufs für das Umweltmanagementsystem



6 Umweltaspekte

Umweltaspekte sind nach der EMAS-Verordnung „diejenigen Bestandteile der Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen einer Organisation, die Auswirkungen auf die Umwelt haben oder haben können“. Umweltaspekte können positive oder negative Auswirkungen auf die Umwelt hervorrufen.

Im Rahmen der Umweltprüfung hat das BMI seine Aufgaben und seine Organisationsstruktur aus dem Blickwinkel des Umweltmanagements analysiert, standortbezogene Energie- und Ressourcenverbräuche ermittelt, dokumentiert und einzelnen Umweltaspekten zugeordnet.

Anschließend wurde diese Zusammenstellung danach bewertet, welche Auswirkungen auf die Umwelt jeder Umweltaspekt mit sich bringt und wie dies beeinflusst werden kann.

Es lassen sich direkte und indirekte Umweltaspekte unterscheiden.

1.5 Direkte Umweltaspekte

Direkte Umweltaspekte sind solche, die vollständig durch eine Organisation gesteuert und kontrolliert werden können.

Zur Bewertung der Umweltrelevanz der einzelnen Umweltaspekte wurden alle drei Standorte jeweils grundsätzlich im Verhältnis zu einem normalen Bürogebäude betrachtet. Zur Ermittlung der relativen quantitativen Bedeutung eines Umweltaspekts wurde der prozentuale Anteil der CO₂-Emissionen an den Gesamt-CO₂-Emissionen des Standorts basierend auf den Umweltzahlen von 2019 bis 2022 zu Grunde gelegt.

Unter Berücksichtigung der relativen quantitativen Bedeutung, der prognostizierten zukünftigen Entwicklung, des relativen Gefährdungspotenzials sowie im Hinblick auf die Beeinflussbarkeit durch das BMI selbst haben Umweltschutz und Umweltmanagementbeauftragter im Rahmen der Umweltprüfung folgende **direkte bedeutende Umweltaspekte** ermittelt:

- **Flächennutzung**

Der Standort Moabiter Werder war vor dem Erweiterungsbau zu 20 % versiegelt, dieser Wert verschlechtert sich durch die Erweiterung. Die Standorte Bundeshaus und Graurheindorfer Straße sind zu 50 % bzw. 44 % versiegelt.

- **Stromverbrauch** (nur Standort Moabiter Werder)

Es wird nur Ökostrom bezogen, aber in der Vorkette entstehen CO₂e-Emissionen, die dennoch einen relevanten Anteil der CO₂e-Emissionen des Standorts ausmachen.

- **Heizenergieverbrauch**

Der Standort Moabiter Werder nutzt ergänzend zu Geothermie Fernwärme, deren Anteil aufgrund des Erweiterungsbaus noch steigen wird. Die Standorte Bundeshaus und Graurheindorfer Straße nutzen Fernwärme, deren Emissionen einen erheblichen Anteil der CO₂e-Emissionen des Standorts ausmachen.

- **Dienstreisen**

Die CO₂e-Emissionen durch Dienstreisen, insbesondere Flugreisen, machen einen erheblichen Anteil der CO₂e-Emissionen der Standorte aus. Sie sind jedenfalls teilweise durch Verhaltensänderungen unmittelbar beeinflussbar.

- **IT-Ausstattung**

Durch die Produktion der IT-Ausstattung entstehen CO₂e-Emissionen. Aufgrund der Lebenszyklen der Produkte muss regelmäßig neu beschafft werden. Diese Beschaffung macht einen relevanten Anteil der CO₂e-Emissionen der Standorte aus.

- **Kantine** (nur Standorte Moabiter Werder und Graurheindorfer Straße)

Die CO₂e-Emissionen durch Lebensmittel, insbesondere durch Fleischprodukte, machen einen relevanten Anteil der CO₂e-Emissionen der Standorte aus. Sie sind durch Verhaltensänderungen der Beschäftigten unmittelbar beeinflussbar.

Weitere direkte Umweltaspekte:

- **Wasserverbrauch**

Durch die Toiletten, Duschen, Teeküchen und die Kantinen wird Wasser verbraucht. Dieser Verbrauch macht keinen relevanten Anteil der CO₂e-Emissionen der Standorte aus.

- **Abfallaufkommen**

Auf allen Standorten fallen nicht gefährliche Abfälle an. Diese machen keinen relevanten Anteil der CO₂e-Emissionen der Standorte aus.

- **Fuhrpark**

Der Fuhrpark ist noch nicht abschließend auf rein elektrische Dienstkraftfahrzeuge umgestellt und auch die Hybridmotoren verbrauchen Kraftstoffe. Diese machen allerdings keinen relevanten Anteil der CO₂e-Emissionen der Standorte aus.

- **Papierverbrauch**

Es wird Papier verbraucht, dieser Verbrauch macht aber keinen relevanten Anteil der CO₂e-Emissionen der Standorte aus.

1.6 Indirekte Umweltaspekte

Indirekte Umweltaspekte sind solche, die von der Organisation nur mittelbar (indirekt) durch ihre Tätigkeiten verursacht werden. Hervorzuheben sind hier insbesondere diejenigen Aspekte, auf die das BMI aufgrund seiner fachlichen Zuständigkeit als Bundesministerium sowie als Dienst- und Fachaufsicht über zahlreiche Geschäftsbereichsbehörden Einfluss hat.

- **Einführung EMAS im Geschäftsbereich**

Das Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung sieht vor, dass bis 2025 alle obersten Bundesbehörden sowie weitere Bundesbehörden an zusätzlichen 300 Standorten ein Umweltmanagementsystem einführen, und zwar pro Ressort an mindestens 10 Prozent seiner zivilen Standorte einschließlich des Geschäftsbereichs. Das Technische Hilfswerk (THW) und die Bundespolizei gehören zu den Behörden mit den meisten zivilen Standorten in der gesamten Bundesverwaltung. In Umsetzung des Klimaschutzprogramms hat das BMI daher seine Geschäftsbereichsbehörden in drei Staffeln aufgeteilt, in denen diese im Abstand von jeweils einem Jahr durch die BImA bis zur Einführung eines Umweltmanagementsystems begleitet werden.

- **Fuhrparke von THW und Bundespolizei**

Die Bundespolizei verfügt neben Hubschraubern, Schiffen und Booten über ca. 7.000 Kraftfahrzeuge, darunter nicht nur PKW, sondern auch Transporter, LKW und Spezialfahrzeuge. Auch das THW verfügt über zahlreiche schwere Sonder- und Einsatzkraftfahrzeuge. Die schrittweise Elektrifizierung dieser Fuhrparke ist daher ein großer Hebel und wird von den zuständigen Fachreferaten unterstützt und nachverfolgt. Nicht alle Fahrzeuge sind jedoch hierfür geeignet, so dass auch die Herstellung und Nutzung synthetischer Kraftstoffe für Einsatzfahrzeuge bei der Bundespolizei und dem THW vom BMI vorangetrieben wird.



• **Beschaffung**

Das Beschaffungsamt des BMI (BeschA) ist die größte zivile Beschaffungsstelle in der Bundesverwaltung. Es schließt u. a. Rahmenvereinbarungen ab, aus denen über das Kaufhaus des Bundes (KdB) die gesamte Bundesverwaltung Dienstleistungen und Produkte abrufen kann. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Berücksichtigung von entsprechenden Nachhaltigkeitskriterien in Ausschreibungen gelegt. Die im BeschA angesiedelte Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung (KNB) berät dabei nicht nur dieses selbst, sondern steht auch allen anderen Bedarfsträgern der Bundesverwaltung beratend zur Seite. Die KNB führt auf Bundesebene Schulungen im Bereich Nachhaltigkeit durch. Auf der Webseite der KNB können Informationen zur nachhaltigen Beschaffung aus der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung abgerufen werden. Im Rahmen der abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung zur „Gemeinsamen Bund-Länder-Fortbildungsini-

tiative nachhaltige Beschaffung“ unterstützt die bei der KNB neu installierte Geschäftsstelle mit einem Train-the-Trainer-Konzept derzeit die Beschaffungsstellen der Länder Bayern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hamburg im Bereich Nachhaltigkeit.

Das BMI hat gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz den Vorsitz über den Interministeriellen Ausschuss für nachhaltige öffentliche Beschaffung (IMA nÖB), ein Austausch- und Beschlussgremium zwischen den Ressorts, inne, in dem die Maßnahmen der Bundesverwaltung zur Förderung einer nachhaltigen Beschaffung beschlossen und vorab durch die beim BMI angesiedelte Geschäftsstelle des IMA nÖB gesteuert und koordiniert werden. Der Ausschuss bindet nach Möglichkeit, u. a. im Rahmen seiner Unterarbeitsgruppen, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft ein, um zu einer möglichst bundeseinheitlichen Praxis der nachhaltigen Beschaffung beizutragen.

Zusätzlich arbeitet das BMI im Rahmen seiner Facharbeit zu Nachhaltigkeitsthemen eng mit anderen Ressorts und Stakeholdern, wie z. B. mit der KKB, zur Erstellung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie oder des Maßnahmenprogramms Klimaneutralität in der Bundesverwaltung zusammen.

Gemeinsam mit dem BeschA hat das BMI in 2022 darüber hinaus eine erste Rahmenvereinbarung mit einem Inklusionsunternehmen geschlossen, das sich insbesondere der Wiederaufbereitung und -vermarktung von IT-Altgeräten widmet.

• **Flugdienstreisen**

Abweichend von § 2 Abs. 2 Auslandsreisekostenverordnung (ARV) hat das BMI seine Geschäftsbehörden angewiesen, ab dem 3. April 2023 bei Dienstreisen erst bei einer Flugzeit ab sechs Stunden, statt bisher vier Stunden, die Businessklasse zu buchen. Hintergrund hierfür ist, dass bei einem Businessklasse-Flug mehr Platz verbraucht und damit anteilig auch mehr CO₂-Emissionen verursacht werden.

Eine entsprechende Regelung gilt auch für das BMI selbst.

• **Kantinenrichtlinien**

Das BMI ist federführend zuständig für das Dienstrecht, d. h. für die Gestaltung der rechtlichen Grundlagen der Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Hierzu gehören als Teil der dienstrechtlichen Fürsorge auch die Kantinenrichtlinien². Deren neue Fassung ermöglicht es, bei Erfüllung der entsprechenden Vorgaben für die Kantinen- bzw. Gemeinschaftsverpflegung aus dem Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit, an die Kantine für Essen der Beschäftigten einen Zuschuss von bis zu 20% des Essenspreises zu zahlen. Ab einem Bio-Anteil von 30% und einer zusätzlichen Zertifizierung der Kantine für Nachhaltigkeit oder Umweltfreundlichkeit kann der Zuschuss auf bis zu 30% des Essenspreises steigen. Kosten für Beratungsleistungen der Kantine zu deren nachhaltiger Ausrichtung sollen vom Bund übernommen werden. Die Kantinenrichtlinien finden Anwendung in rund 180 Kantinen des Bundes.

² Richtlinien für die Kantinen des Bundes, zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 06.06.2023 (GMBL 2023 Nr. 36, S. 762).

7 Umweltleistung

Für die Bestimmung und zur Überwachung der Umweltleistung an den Standorten Moabiter Werder, Bundeshaus und Graurheindorfer

Straße³ wurden Kennzahlen zusammengetragen und je Standort in einer Umweltkennzahlentabelle (Übersicht siehe Tabelle 2) hinterlegt.

Tabelle 2: Übersicht der Kennzahlen der Direkten Umweltaspekte

Kennzahl	Einheit	2020	2021	2022
Beschäftigtenzahl				
MW	VZÄ	1.320	1.341	1.327
BH	VZÄ	155	160	131
GR	VZÄ	147	142	143
Gesamter Flächenverbrauch				
MW	m ²	36.204	36.204	36.204
BH	m ²	8.824	8.824	8.824
GR	m ²	14.802	14.802	14.802
Versiegelte Fläche				
MW	m ²	6.962	6.962	6.962
BH	m ²	4.197	4.197	4.197
GR	m ²	8.489	8.489	8.489
Naturnahe Fläche am Standort				
MW	m ²	6.615	6.615	6.615
BH	m ²	1.543	1.543	1.543
GR	m ²	2.220	2.220	2.220
Naturnahe Fläche abseits des Standorts				
MW	m ²	168	168	168
BH	m ²	Nicht vorhanden		
GR	m ²	Nicht vorhanden		
Beheizte Fläche				
MW	m ²	52.840	52.840	52.840
BH	m ²	10.718	10.718	10.718
GR	m ²	10.544	10.544	10.544
Stromverbrauch				
MW	kWh/m ²	147,0	144,7	142,9
BH	kWh/m ²	82,8	75,6	73,8
GR	kWh/m ²	71,1	65,6	63,8
Referenzwert ages 2005 für Gebäude öffent. Verwaltung ⁴	kWh/m ² BGF	30	30	30
Referenzwert Bundesanzeiger Verwaltungsgebäude der höheren technischen Ausstattung ⁵	kWh/m ²	40	40	40

³ Die Umweltdaten für die Graurheindorfer Straße wurden für die in der Umwelterklärung dargestellten Gebäude über einen festen Schlüssel flächenbezogen dem BMI zugeordnet (BMI-Anteil 28,5%).

⁴ ages GmbH, Münster, Verbrauchskennwerte 2005, Februar 2007.

⁵ BMWi und BMU, Bekanntmachung der Regeln für Energieverbrauchswerte und der Vergleichswerte im Nichtwohngebäudebestand, 07.04.2015, Bundesanzeiger Bekanntmachung, BAnz AT 21.05.2015 B3.

Kennzahl	Einheit	2020	2021	2022
Heizenergieverbrauch (witterungsbereinigt)				
MW	kWh/m ²	26,4	24,7	24,2
BH	kWh/m ²	134,5	130,2	125,0
GR	kWh/m ²	146,5	123,8	134,0
Referenzwert ages 2005 für Gebäude öffentl. Verwaltung ⁶	kWh/m ² BGF	95	95	95
Referenzwert Bundesanzeiger Verwaltungsgebäude der höheren technischen Ausstattung ⁷	kWh/m ²	85	85	85
Strom- und Heizenergieverbrauch				
MW	kWh/m ² NGF	168,6	167,8	163,2
BH	kWh/m ² NGF	192,2	197,4	178,8
GR	kWh/m ² NGF	178,0	171,4	162,4
Referenzwert EU 2019/61 ⁸ : Gesamtenergieverbrauch (Strom, Heizung, Kühlung) für Bestandsgebäude	kWh/m ² BGF	<100	<100	<100
Kälteemissionen				
MW	kg CO ₂ e/VZÄ	24,3	0	24,7
BH	kg CO ₂ e/VZÄ	0	0	16,5
GR	kg CO ₂ e/VZÄ	13,9	9,3	0
Netzersatzanlage (Kraftstoff)				
MW	kg CO ₂ e/VZÄ	9,3	9,1	6,3
BH	kg CO ₂ e/VZÄ	23,5	24,0	29,3
GR	kg CO ₂ e/VZÄ	18,6	19,1	19,0
Wasserverbrauch				
MW	m ³ /VZÄ	20,8	19,8	21,8
BH	m ³ /VZÄ	6,8	31,7	26,4
GR	m ³ /VZÄ	18,3	13,6	13,2
Referenzwert EU 2019/61: Gesamtwasserverbrauch	m ³ /VZÄ	<6,4	<6,4	<6,4
Abfallaufkommen (gesamt)				
MW	kg/VZÄ	150	150	140
BH	kg/VZÄ	420	380	470
GR	kg/VZÄ	190	190	160
Fuhrpark (Kraftstoffe)				
MW	kg CO ₂ e/VZÄ	41	45	31
BH	kg CO ₂ e/VZÄ	45	45	31
GR	kg CO ₂ e/VZÄ	42	56	68
Dienstreisen	kg CO ₂ e/VZÄ	295	230	736
IT-Ausstattung				
MW	kg CO ₂ e/VZÄ	154	174	112
BH	kg CO ₂ e/VZÄ	129	151	130
GR	kg CO ₂ e/VZÄ	122	161	112

6 ages GmbH, Münster, Verbrauchskennwerte 2005, Februar 2007.

7 BMWi und BMU, Bekanntmachung der Regeln für Energieverbrauchswerte und der Vergleichswerte im Nichtwohngebäudebestand, 07.04.2015, Bundesanzeiger Bekanntmachung, BAnz AT 21.05.2015 B3.

8 BESCHLUSS (EU) 2019/61 DER KOMMISSION, vom 19. Dezember 2018, über das branchenspezifische Referenzdokument für bewährte Umweltmanagementpraktiken, Umweltleistungsindikatoren und Leistungsrichtwerte für die öffentliche Verwaltung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments.

Kennzahl	Einheit	2020	2021	2022
Papierverbrauch				
MW	Blatt/VZÄ u AT	14,4	9,8	17,5
BH	Blatt/VZÄ u AT	16,0	9,8	6,0
GR	Blatt/VZÄ u AT	14,8	16,5	2,8
Referenzwert EU 2019/61: Verbrauch Büropapier	Blatt/VZÄ u AT	<15	<15	<15
Kantine				
MW	kg CO ₂ e/VZÄ	110	62	75
GR	kg CO ₂ e/VZÄ	keine Daten	keine Daten	100

Die Umweltkennzahlen sind wie folgt zu bewerten:

• Flächenverbrauch

Die Flächennutzung ist an den Standorten Bundeshaus und Graurheindorfer Straße unverändert. Am Standort Moabiter Werder verändert sich der Umweltaspekt aktuell aufgrund des Erweiterungsbaus und der damit einhergehenden zusätzlichen Versiegelung.

• Stromverbrauch

Der Stromverbrauch hat sich in allen Standorten kontinuierlich verbessert. Die Verbräuche liegen aber bei allen Standorten deutlich über den entsprechenden Referenzwerten für öffentliche Gebäude. Grund dafür ist, dass alle Standorte jeweils über ein Rechenzentrum verfügen. Zudem wird am Moabiter Werder ein Lagezentrum im 24/7-Betrieb genutzt und es ist immer Sicherheitspersonal anwesend. Die Standorte sind aus Sicherheitsgründen entsprechend beleuchtet. Auch der Betrieb der Geothermie-Anlage am Standort Moabiter Werder verbraucht Strom.

• Heizenergieverbrauch witterungsbereinigt

Der witterungsbereinigte Heizenergieverbrauch hat sich an den Standorten Moabiter Werder und Bundeshaus kontinuierlich verbessert. In der Graurheindorfer Straße hat sich der Verbrauch im Vergleich zum Jahr 2020 verbessert. In der letzten Heizperiode gab es jedoch technische Problem mit der Heizanlage.

Der Verbrauch der Liegenschaft Moabiter Werder liegt deutlich unter den Referenzwerten. Zu berücksichtigen ist hier, dass der Standort zusätzlich noch die Abwärme des Rechenzentrums sowie Geothermie nutzt. Diese Wärmequellen werden bei diesen Daten nicht berücksichtigt. Die Verbräuche von Bundeshaus und Graurheindorfer Straße liegen deutlich über den Referenzwerten. Bei beiden Standorten handelt es sich um vergleichsweise große, unsanierte Altbauten.

• Strom- und Heizenergieverbrauch

Der Strom- und Heizenergieverbrauch hat sich im Moabiter Werder kontinuierlich, bei den Standorten Bundeshaus und Graurheindorfer Straße deutlich verbessert.

Die Verbräuche der Liegenschaften liegen deutlich über dem entsprechenden EU-Referenzwert für Bestandsgebäude. Auch hierfür sind insbesondere der Betrieb der Rechenzentren sowie die Notwendigkeit eines 24/7-Betriebs der Liegenschaften aufgrund des Lagezentrums und für das Sicherheitspersonal sowie die Beheizung von zwei unsanierten Altbauten ursächlich.

• Wasserverbrauch

Der Wasserverbrauch in der Liegenschaft Moabiter Werder stagniert, in der Liegenschaft Bundeshaus ist er wegen eines Wasserschadens gestiegen, in der Liegenschaft Graurheindorfer Straße liegt eine kontinuierliche Verbesserung vor.

Die Verbräuche der Liegenschaften liegen deutlich über dem entsprechenden EU-Referenzwert. Hierbei ist allerdings neben dem Wasserschaden in der Liegenschaft Bundeshaus insbesondere zu beachten, dass wegen des 24/7-Betriebes insbesondere für die entsprechend beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Duschen zur Verfügung stehen, diese aber auch von allen anderen Beschäftigten, beispielsweise denjenigen, die den Arbeitsweg mit dem Fahrrad zurücklegen, genutzt werden können.

• **Abfallaufkommen**

Das Abfallaufkommen hat sich in den Liegenschaften Moabiter Werder und Graurheindorfer Straße verbessert. Im Bundeshaus stagniert der absolute Verbrauch trotz einer gesunkenen Beschäftigtenzahl, wodurch der Verbrauch pro Beschäftigten gestiegen ist. Die Ursachen für diese Entwicklung werden weiter analysiert.

• **Fuhrpark**

Die CO₂e-Emissionen des Fuhrparks haben sich in den Liegenschaften Moabiter Werder und Bundeshaus verbessert. In der Liegenschaft Graurheindorfer Straße sind die CO₂e-Emissionen kontinuierlich gestiegen. Grund hierfür ist die Umstellung von Dieselfahrzeugen auf Hybridfahrzeuge mit Benzinmotoren. Da die Fahrzeuge hier überwiegend auf längeren Strecken gefahren werden, können sie seltener den Elektroantrieb nutzen und verbrauchen mehr Kraftstoff.

• **Dienstreisen**

Da in der Pandemie deutlich weniger Präsenzveranstaltungen stattfanden und insgesamt weniger gereist wurde, sanken an allen drei Standorten auch die durch Dienstreisen verursachten CO₂e-Emissionen in 2020 gegenüber den Vor-Pandemiejahren sehr stark. 2021 sanken sie weiter, wenn auch weniger stark. 2022 stiegen die CO₂e-Emissionen wieder deutlich, da alle Pandemieeinschränkungen entfallen waren.

• **IT-Ausstattung**

Um allen Beschäftigten in der Pandemie das Arbeiten von zu Hause zu ermöglichen, musste weitere IT-Ausstattung beschafft werden. Dies spiegelt sich in veränderten CO₂e-Emissionen wieder, die an allen Standorten 2020 stark und in 2021 weiter, wenn auch nicht so stark, anstiegen. 2022 sanken die CO₂e-Emissionen wieder deutlich.

• **Papierverbrauch**

Ausweislich der Daten hat sich der Papierverbrauch an den Standorten Bundeshaus und Graurheindorfer Straße kontinuierlich verbessert, am Standort Moabiter Werder ist er hingegen nach der Pandemie gestiegen.

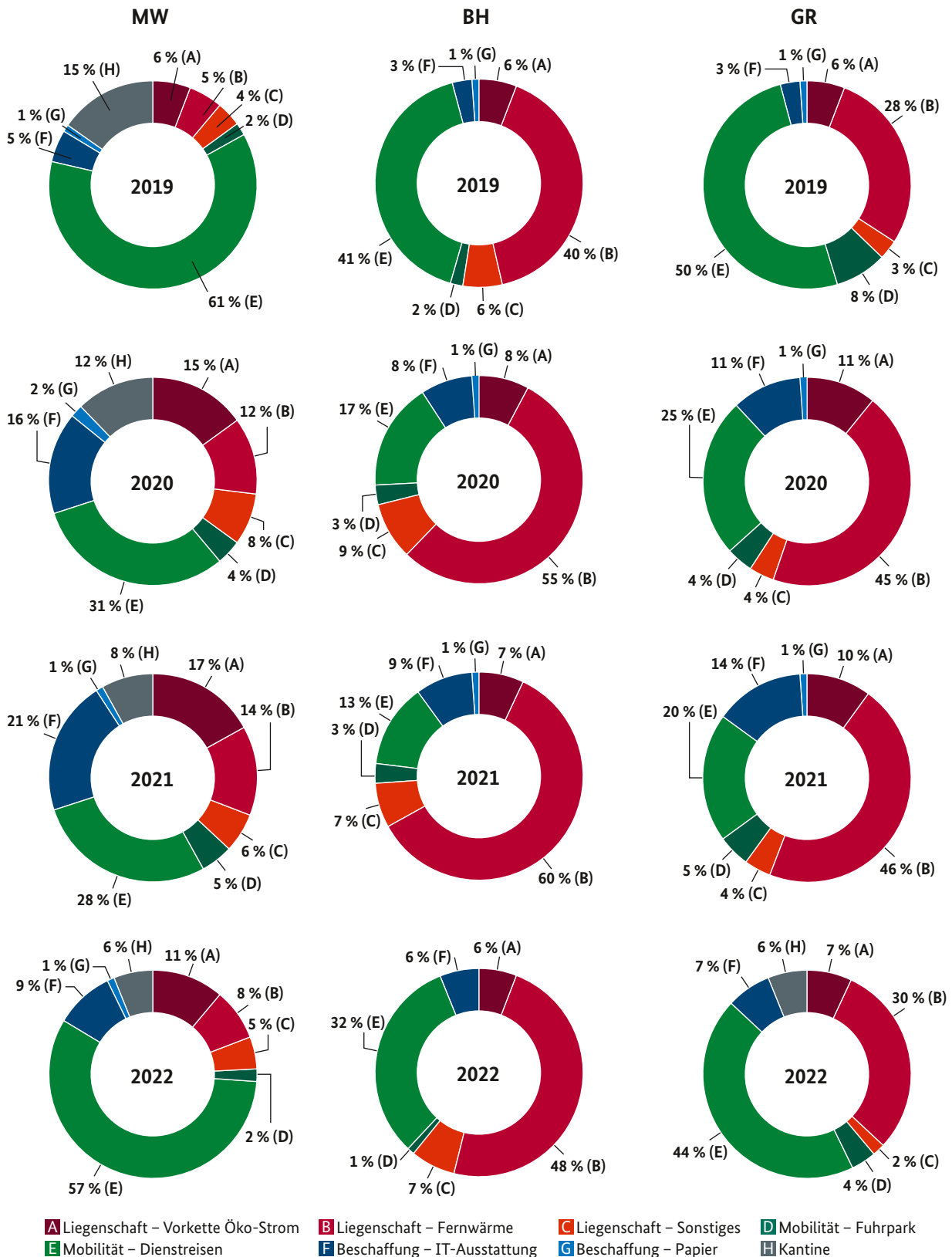
Die Verbräuche im Bundeshaus und der Graurheindorfer Straße lagen in 2022 deutlich unter dem EU-Referenzwert für Büropapier, wohingegen der Verbrauch im Moabiter Werder über dem Referenzwert lag. Grund hierfür ist, dass während der Pandemie die Papierbestände zunächst verbraucht, in 2022 dann Papier neu beschafft wurde.

• **Kantine**

Es wird der Lebensmittelverbrauch in CO₂e-Emissionen betrachtet. Die Kantine im Moabiter Werder war aufgrund der pandemiebedingten Verpflichtung, möglichst viel von zu Hause zu arbeiten, deutlich weniger besucht als in den Jahren zuvor, so dass die CO₂e-Emissionen in 2020 sanken und im zweiten Pandemiejahr 2021 weiter sanken. 2022 sind der Verbrauch und damit die CO₂e-Emissionen wieder gestiegen. Für die Kantine in der Graurheindorfer Straße liegt für 2022 erstmals eine erste Hochrechnung vor. Der Verbrauch pro Beschäftigten liegt in einem ähnlichen Bereich wie in der Kantine im Moabiter Werder.

Die **Tortendiagramme** (Abbildung 2) verdeutlichen insbesondere die relativen Verbräuche der bedeutenden Umweltaspekte.

Abbildung 2: Tortendiagramme 2019 bis 2022 CO₂e-Emissionenanteil je Umweltaspekt und Standort



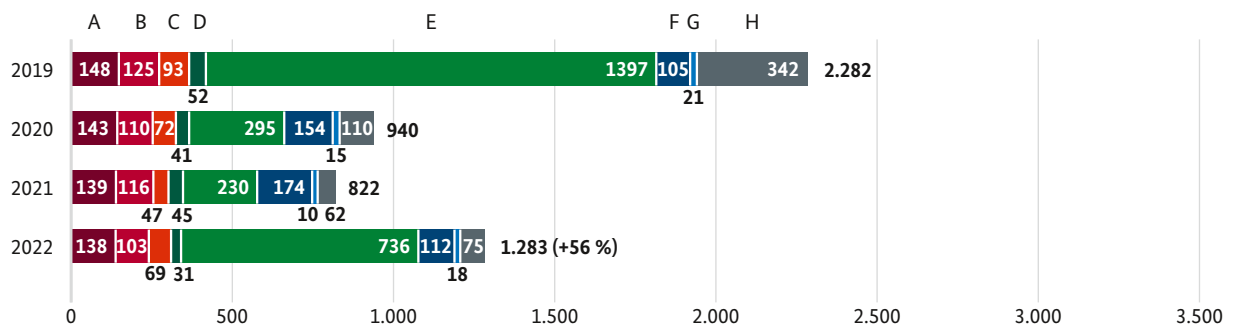
Im BH wird der Umweltaspekt „Kantine“ nicht berücksichtigt, weil diese Anfang 2020 geschlossen wurde. In GR liegen die Umweltkennzahlen für den Umweltaspekt „Kantine“ erst seit 2022 vor.

Die Säulendiagramme mit den CO₂e-Emissionen pro Beschäftigten (Abbildung 3) verdeutlichen, wie erheblich der Unterschied zwischen einem Neubau und einem unsanierten Altbau ist: In 2022 waren es im unsanierten Bundeshaus 2,3 t CO₂e pro Beschäftigten, in der unsanierten Graurheindorfer Straße 1,7 t CO₂e pro Beschäf-

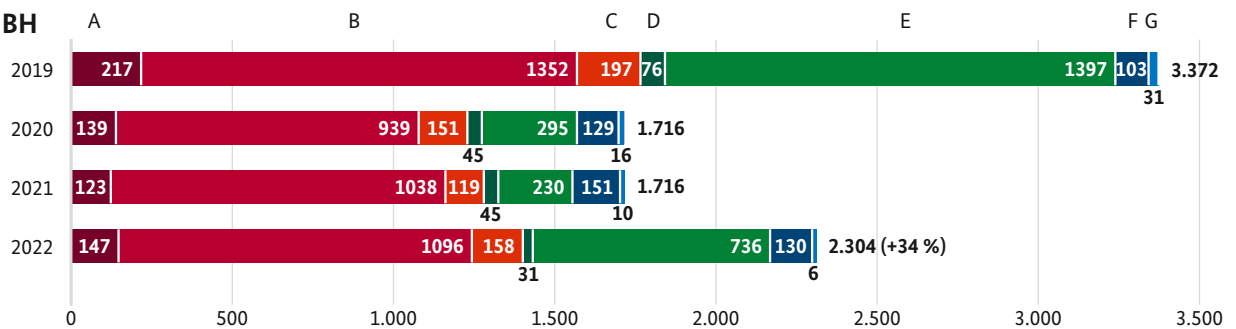
tigten und im Neubau Moabiter Werder 1,3 t CO₂e pro Beschäftigten. Die CO₂e-Emissionen für den Wärmeverbrauch sind in 2022 pro Beschäftigten im Bundeshaus mehr als zehnmal und in der Graurheindorfer Straße fast fünfmal so hoch wie im Moabiter Werder.

Abbildung 3: Säulendiagramme 2019 bis 2022 CO₂e-Emissionen pro Beschäftigten und Standort

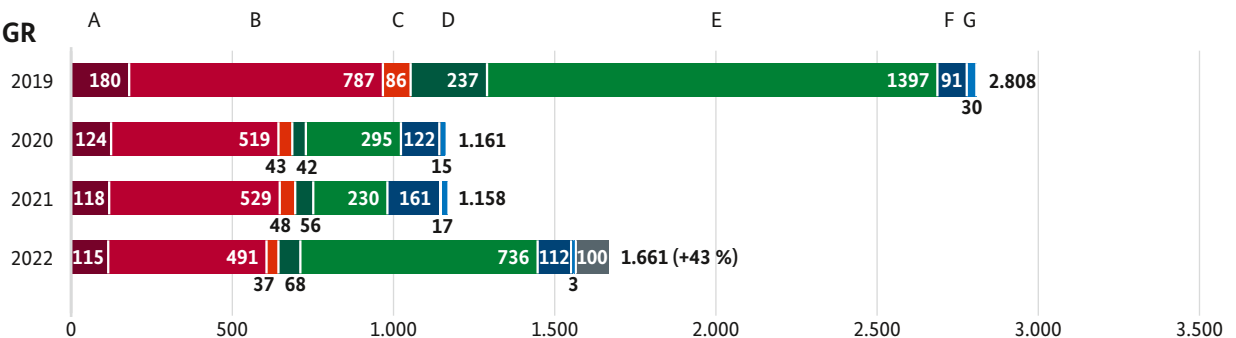
MW



BH



GR



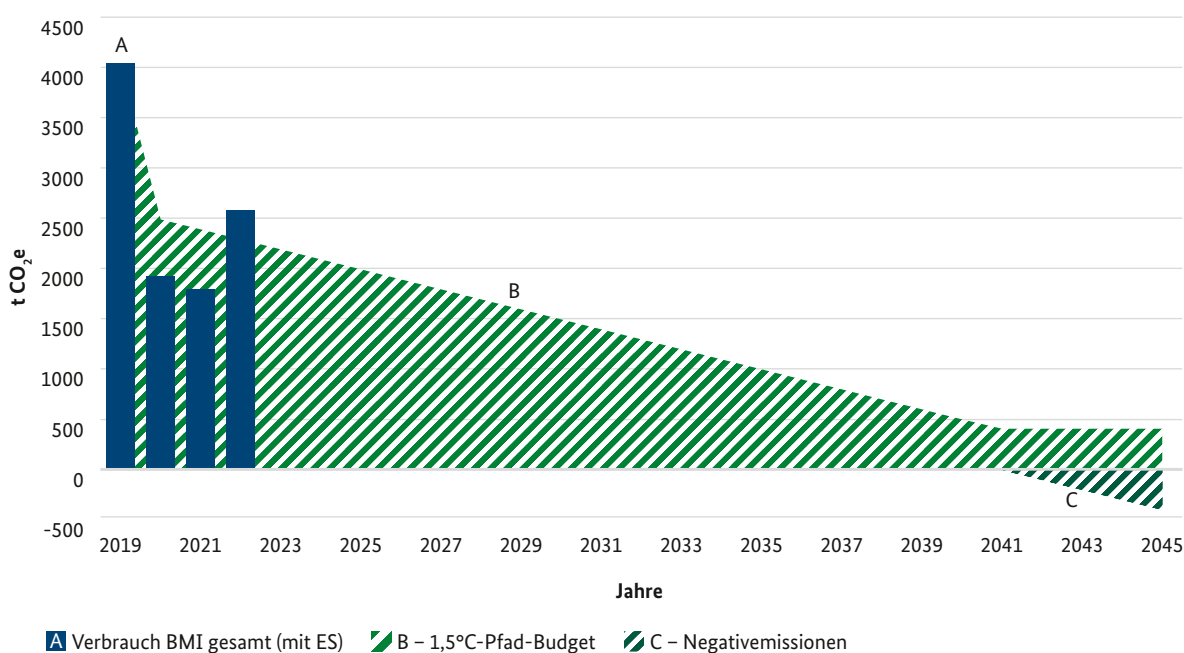
- A Liegenschaft – Vorkette Öko-Strom
- B Liegenschaft – Fernwärme
- C Liegenschaft – Sonstiges
- D Mobilität – Fuhrpark
- E Mobilität – Dienstreisen
- F Beschaffung – IT-Ausstattung
- G Beschaffung – Papier
- H Kantine

Im BH wird der Umweltaspekt „Kantine“ nicht berücksichtigt, weil diese Anfang 2020 geschlossen wurde. In GR liegen die Umweltkennzahlen für den Umweltaspekt „Kantine“ erst seit 2022 vor.

Insgesamt ließ sich durch Änderungen der Arbeitsweise während der Pandemie eine deutliche Reduzierung der CO₂e-Emissionen erreichen. Das **Entwicklungspfaddiagramm** (Abbildung 4) verdeutlicht, dass 2022 der Gesamtverbrauch an CO₂e-Emissionen aber bereits wieder über dem kalkulierten 1,5°C-Pfad-Jahresbudget liegt. Um

die Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, muss das CO₂e-Jahresbudget jedes Jahr geringer werden. Der steigende Trend von 2022 darf sich daher nicht fortsetzen. Die Herausforderung wird sein, die Reduzierungspotenziale aus der Pandemie zu nutzen, um künftig weitere Reduzierungen zu erreichen.

Abbildung 4: Entwicklungspfaddiagramm Verbrauch und CO₂e-Budget BMI 2019 bis 2045



Das 1,5°C-Pfad-Budget beruht auf einer Berechnung auf der Grundlage der Stellungnahme des Sachverständigenrats für Umweltfragen „Wie viel CO₂ darf Deutschland maximal noch ausstoßen?“ vom Juni 2022.

Die Veränderungen der CO₂e-Emissionen der **bedeutenden Umweltaspekte** ausgehend vom Referenzjahr 2019 können den Liniendiagrammen in Abbildung 6 im Anhang entnommen werden. Die CO₂e-Emissionen aller Kernindikatoren gesamt und je Standort können im Einzelnen den **Kernindikatortabellen** (Abbildung 7, Abbildung 8, Abbildung 9, Abbildung 10) im Anhang entnommen werden.

Der Anhang kann auf Nachfrage zur Verfügung gestellt werden über: ZII3@bmi.bund.de

8 Umweltprogramm

Bereits vor Beginn der Einführung eines Umweltmanagementsystems hat das BMI verschiedene Maßnahmen für mehr Umwelt-, Klimaschutz und Nachhaltigkeit ergriffen.

Das BMI bezieht schon seit Jahren Ökostrom. Beim Neubau des Moabiter Werder wurde ein gesamtheitliches Energiekonzept berücksichtigt, das die Nutzung von Geothermie und der Abwärme aus dem Rechenzentrum zur Beheizung des Gebäudes berücksichtigt. Die Raumkühlung erfolgt als freie Kühlung aus dem Erdreich und mit dem außenliegenden Sonnenschutz kann zusätzlich sowohl der Lichteinfall als auch die Temperatur reguliert werden.

Seit dem Jahr 2021 erfolgt am Moabiter Werder eine Verdichtung der Büroflächen durch Desk-Sharing. Daneben wurden die Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten für das gesamte BMI ausgeweitet.

Bei der Beschaffung wird Wert auf Produkte mit allgemein anerkannten Umweltsiegeln, wie zum Beispiel dem Blauen Engel, gelegt.

In den nächsten Jahren wird die Ladeinfrastruktur an allen drei Standorten weiter auf- bzw. ausgebaut. Die Umstellung des Fuhrparks auf reine Elektrofahrzeuge hat bereits begonnen und soll bis Ende 2024 abgeschlossen sein. Am Standort Moabiter Werder stehen den Beschäftigten 18 Dienstfahräder zur Verfügung.

Mit dem Umweltprogramm setzt das BMI nun erstmals einen strukturierten Prozess auf, um seine Umweltauswirkungen zu verbessern und Emissionen zu reduzieren. Hierfür müssen die Umweltaspekte und mögliche Veränderungen

noch besser erfasst, analysiert und sichtbar gemacht werden. Im Hinblick auf den notwendigen Transformationsprozess, den das BMI beschreiben muss, ist es notwendig, die Beschäftigten intensiv in den Verbesserungsprozess einzubinden. Hierzu erfolgen Informationsveranstaltungen, Aktionstage und eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklungen im Umweltmanagementbereich.

Ausgehend von diesen zentralen Annahmen hat das Umweltteam unter Berücksichtigung der wesentlichen Umweltaspekte für das Umweltprogramm 2023 fünfzehn konkrete Maßnahmen erarbeitet, mit denen die Umweltauswirkungen des BMI verbessert werden sollen (siehe Abbildung 11 im Anhang).

1.7 Verbräuche erfassen, analysieren und visualisieren

Nur, wenn die Verbräuche erfasst und regelmäßig gemessen werden, lässt sich auch der Erfolg von Maßnahmen messen. Aus diesem Grund wurde der Erprobungsbetrieb eines CO₂-Rechners aufgenommen, der bei der Beantragung von Dienstreisen die CO₂-Emissionen der Reisemittel sichtbar macht und erfasst. Um die Umweltdaten IT-gestützt zu erfassen, zu analysieren und schließlich steuern zu können, wird zurzeit ein IT-Tool des BMF erprobt. Mindestens halbjährige Messungen aller relevanten Umweltaspekte sind implementiert.

1.8 Umweltbelastungen vermeiden, reduzieren und beseitigen

Das BMI deckte seinen Strombedarf bereits vor Einführung des Umweltmanagementsystems durch Ökostrom ab. Doch auch bei der Nutzung regenerativer Energien entstehen beispielsweise durch den Bau von Windkraftanlagen („Vorkette“) CO₂e-Emissionen. Ein wichtiges Ziel ist es daher, den Stromverbrauch an den Standorten zu reduzieren. Hierfür sollen nicht notwendige Beleuchtung auf den Fluren abgeschaltet und der BImA Empfehlungen zu energiereduzierenden Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen unterbreitet werden.

Um den Wärmeverbrauch zu reduzieren, wurden an allen drei Standorten die Höchsttemperaturen für die Büros abgesenkt.

Dem CO₂-Rechner für Dienstreisen wird je Abteilung ein CO₂-Budget zugewiesen, welches die Abteilungen einhalten sollen. Zudem soll unter Beteiligung von Vertretungen der von Dienstreisen betroffenen Bereiche weitere Maßnahmen zur Reduktion von CO₂e-Emissionen entwickelt werden. Die Hausleitung verzichtet bei Flügen im Inland und in das grenznahe Ausland auf Flüge in der Businessklasse. Auch bei längeren Interkontinentalflügen ist eine Buchung der Businessklasse erst ab einer Flugdauer von sechs Stunden möglich.

Ebenso wie bei den Dienstreisen ist auch beim Essen in der Kantine eine Verhaltensänderung der Beschäftigten für eine Reduktion der CO₂e-Emissionen ganz entscheidend. Aus diesem Grund werden verstärkt Gerichte angeboten, für die mindestens 50 % weniger CO₂ verbraucht wird als bei einem durchschnittlichen Gericht (Gericht ist gekennzeichnet mit einer grünen Wolke). Zudem werden die Beschäftigten zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen informiert und sensibilisiert.

1.9 Konkrete messbare Reduktionsziele entwickeln und vereinbaren

Im Vordergrund stehen bei der Vereinbarung von Reduktionszielen diejenigen Umweltaspekte, bei denen die Beschäftigten durch Verhaltensänderungen unmittelbar die Umweltauswirkungen verbessern können. Entsprechend wurde im Jahr 2023 der Fokus am Standort Moabiter Werder auf das Essen in der Kantine durch konkrete Reduzierung von Gerichten, die mehr CO₂ als ein durchschnittliches Gericht (Gericht ist gekennzeichnet mit einer roten Wolke) verbrauchen, gelegt. Für alle drei Standorte galt im Hinblick auf die IT-Ausstattung eine konkrete Reduzierung der Arbeitsplatzdrucker sowie im Hinblick auf die durch Dienstreisen entstehenden Emissionen eine konkrete Reduktion von Inlandsflügen bzw. Flügen ins grenznahe Ausland.

Um den 1,5°C-Pfad einzuhalten, sollen ab 2024 die relevanten Umweltaspekte ihre CO₂e-Emissionen jährlich ausgehend vom Bezugsjahr 2022 durchschnittlich um 4 % reduzieren.

Abbildung 5: Übersicht der relevanten Umweltaspekte und ihrer Reduzierungsziele



9 Kontext des BMI

Als oberste Bundesbehörde hat das BMI eine Vielzahl von Berührungspunkten und Beziehungen zu unterschiedlichen internen und externen Akteuren (Kontext). Zu den so genannten interessierten Parteien zählen:

- die Öffentlichkeit, vor allem die Bürgerinnen und Bürger, sowie die Presse
- das Parlament und dessen Mitglieder (Politik)
- die Bundesverwaltung, zum Beispiel andere Bundesministerien, insbesondere die Koordinierungsstelle Klimaneutrale Bundesverwaltung (KKB) im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMI, die Gleichstellungsbeauftragte sowie die Interessenvertretungen im Haus
- die auf dem Campusgelände des Standorts Graurheindorfer Straße befindlichen Behörden BKM, StBA, BAMF, BISp, DFK
- der Geschäftsbereich des BMI
- die Auftragnehmer des BMI

Dem Handeln des BMI kommt daher im Rahmen einer Vorbildfunktion – im Kontext von Nachhaltigkeit und Klimaschutz bei der Umsetzung von umweltrelevanten Maßnahmen – eine herausgehobene Verantwortung zu.

10 Bindende umweltrechtliche Verpflichtungen

Für die Standorte des BMI gelten verschiedene umweltrechtliche Vorschriften. Diese wurden in einem Rechtskataster dargestellt, um die relevanten Umweltgesetze und -verordnungen im Blick zu behalten. Die regelmäßige Aktualisierung des Rechtskatasters erfolgt kontinuierlich. In internen Audits wird die Einhaltung der rechtlichen Regelungen überprüft. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass sowohl gegenwärtig als auch zukünftig keine Verstöße gegen geltendes Umweltrecht auftreten.

Die folgenden Rechtsvorschriften sind für das BMI wesentlich:

- **Gefahrstoffverordnung**
Im BMI werden als Gefahrstoffe im Wesentlichen haushaltsübliche Gefahrstoffe (für Reinigung, Spülmaschinen, Fuhrpark etc.) mit geringer Gefährdung eingesetzt. Zu den Gefahrstoffen werden die Sicherheitsdatenblätter aktuell gehalten, ein Gefahrstoffverzeichnis geführt und Betriebsanweisungen nach § 14 GefStoffV erstellt.
- **42. BImSchV**
Die Kühltürme am Standort Moabiter Werder unterliegen der 42. BImSchV (Legionellenverordnung). Die entsprechenden Betriebstagebücher werden geführt und die Sachverständigenprüfungen durchgeführt.
- **F-Gase-Verordnung**
Kälteanlagen und Wärmepumpen unterliegen einer Pflicht zur Durchführung von Dichtheitsprüfungen nach F-Gase-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 517/2014). Diese werden durch Sachkundige gewartet, die notwendigen Dichtheitsprüfungen durchgeführt und in Logbüchern dokumentiert.
- **Kreislaufwirtschaftsgesetz / Nachweisverordnung**
An allen drei Standorten fallen nichtgefährliche und gefährliche Abfälle an. Die gefährlichen Abfälle sind im Wesentlichen haushaltsüblich (z. B. Leuchtstoffröhren und Batterien/Akkus etc.) und fallen nur in geringem Umfang an. Die Batterien werden gemäß NachwV entsorgt und zugelassenen Entsorgern übergeben. Sonstige gefährliche Abfälle werden über die entsprechenden Fachfirmen (z. B. Leuchtstoffröhren beim Austausch) entsorgt.
- **Gewerbeabfallverordnung**
Das BMI unterliegt der Gewerbeabfallverordnung. Die anfallenden siedlungsähnlichen Gewerbeabfälle werden in folgende Fraktionen getrennt: Papier und Pappe, Glas, gelbe Tonne (Verpackungen) und Bioabfälle. Altholz und Alttextilien fallen – wenn überhaupt – nur in sehr geringem Umfang an und werden daher nicht getrennt erfasst.

- **AwSV**

Für wassergefährdende Stoffe (Diesel für Netzersatzanlagen, Glykol für Heizkreisläufe) gilt die AwSV (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen). Die wassergefährdenden Stoffe werden in adäquaten Tanks vorgehalten. Für den Umgang mit den Stoffen sind Merkblätter vorhanden. Die Tanks unterliegen keiner wiederkehrenden Prüfpflicht.

- **Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz, Eigenkontrollverordnung**

Die Abscheideanlagen (Fettabscheider an den Standorten MW und GR) verfügen über Bauartzulassungen. Sie werden regelmäßig kontrolliert und gewartet. Ein Betriebstagebuch wird geführt, die erforderlichen Generalinspektionen werden durchgeführt.

- **Bundes-Klimaschutzgesetz**

Die Bundesverwaltung muss sich bis 2030 klimaneutral organisieren. Die Ziele des BMI sind an dieser Verpflichtung ausgerichtet.



11 Erklärung des Umweltgutachters und EMAS-Urkunden

Michael **H**ub
Umweltgutachter
Berater Umwelt, Qualität, Sicherheit

ERKLÄRUNG DES UMWELTGUTACHTERS ZU DEN BEGUTACHTUNGS- UND VALIDIERUNGSTÄTIGKEITEN

Der Unterzeichnende, Michael Hub, EMAS-Umweltgutachter mit der Registrierungsnummer DE-V-0086, akkreditiert oder zugelassen für den Bereich (NACE-Code)

- 84.11 Öffentliche Verwaltung

bestätigt, begutachtet zu haben, ob die Standorte, wie in der Umwelterklärung der Organisation

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI)

Liegenschaften: Moabiter Werder, Alt Moabit 140, 10557 Berlin
 Bundeshaus, Bundesallee 216-218, 10719 Berlin
 Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn

angegeben, alle Anforderungen der

Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2018/2026 (EMAS)

über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für

Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung

erfüllen.

Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den EMAS-Anforderungen durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der Umwelterklärung der Standorte ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten der Standorte innerhalb des in der Umwelterklärung angegebenen Bereichs geben.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß EMAS-Verordnung erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

Frankfurt am Main, 15.12.2023




Michael Hub, Umweltgutachter
 DAU-Zulassungsnummer: DE-V-0086

Umweltgutachterbüro
 Michael Hub
 Niedwiesenstraße 11a
 D-60431 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0)69 5305-8388
 Telefax +49 (0)69 5305-8389
 e-mail info@umweltgutachter-hub.de
 web www.umweltgutachter-hub.de

Zugelassen von der DAU – Deutsche
 Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft
 für Umweltgutachter mbH, Bonn
 DAU-Zulassungs-Nr.: DE-V-0086

URKUNDE



**Bundesministerium
des Innern und für Heimat
Moabiter Werder**

Alt-Moabit 140

10557 Berlin

Register-Nr. DE-107-00171

Ersteintragung am

22. Januar 2024

Diese Urkunde ist gültig bis

15. Dezember 2026

Diese Organisation wendet zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung ein Umweltmanagementsystem nach der Verordnung (EG) 1221/2009 und DIN ISO Norm 14001:2015 (Abschnitt 4 bis 10) an, veröffentlicht regelmäßig eine Umwelterklärung, lässt das Umweltmanagementsystem und die Umwelterklärung von einem zugelassenen, unabhängigen Umweltgutachter begutachten, ist eingetragen im EMAS-Register und deshalb berechtigt das EMAS-Logo zu verwenden.



Berlin, den 22. Januar 2024

Sebastian Stietzel
Präsident

Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

URKUNDE



**Bundesministerium
des Innern und für Heimat
Bundeshaus**

Bundesallee 216 – 218
10719 Berlin

Register-Nr. DE-107-00171

Ersteintragung am
22. Januar 2024

Diese Urkunde ist gültig bis
15. Dezember 2026

Diese Organisation wendet zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung ein Umweltmanagementsystem nach der Verordnung (EG) 1221/2009 und DIN ISO Norm 14001:2015 (Abschnitt 4 bis 10) an, veröffentlicht regelmäßig eine Umwelt-erklärung, lässt das Umweltmanagementsystem und die Umwelterklärung von einem zugelassenen, unabhängigen Umweltgutachter begutachten, ist eingetragen im EMAS-Register und deshalb berechtigt das EMAS-Logo zu verwenden.



Berlin, den 22. Januar 2024

Sebastian Stietzel
Präsident

Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

URKUNDE



**Bundesministerium
des Innern und für Heimat**
Graurheindorfer Straße
Graurheindorfer Str. 198
53117 Bonn

Register-Nr. DE-107-00171

Ersteintragung am
22. Januar 2024

Diese Urkunde ist gültig bis
15. Dezember 2026

Diese Organisation wendet zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltleistung ein Umweltmanagementsystem nach der Verordnung (EG) 1221/2009 und DIN ISO Norm 14001:2015 (Abschnitt 4 bis 10) an, veröffentlicht regelmäßig eine Umwelterklärung, lässt das Umweltmanagementsystem und die Umwelterklärung von einem zugelassenen, unabhängigen Umweltgutachter begutachten, ist eingetragen im EMAS-Register und deshalb berechtigt das EMAS-Logo zu verwenden.



Berlin, den 22. Januar 2024

Sebastian Stietzel
Präsident

Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

12 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Darstellung des Plan-Do-Check-Act-Kreislaufs für das Umweltmanagementsystem	13
Abbildung 2: Tortendiagramme 2019 bis 2022 CO ₂ e-Emissionenanteil je Umweltaspekt und Standort	22
Abbildung 3: Säulendiagramme 2019 bis 2022 CO ₂ e-Emissionen pro Beschäftigten und Standort	23
Abbildung 4: Entwicklungspfaddiagramm Verbrauch und CO ₂ e-Budget BMI 2019 bis 2045	24
Abbildung 5: Übersicht der relevanten Umweltaspekte und ihrer Reduzierungsziele	27
Tabelle 1: Übersicht der 19 Geschäftsbereichsbehörden des BMI	7
Tabelle 2: Übersicht der Kennzahlen der Direkten Umweltaspekte	18

13 Abkürzungsverzeichnis

%	Prozent
1,5°C	1,5 Grad Celsius
24/7	24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche
à	Je
ARV	Auslandsreisekostenverordnung
AT	Arbeitstage
BAA	Bundesausgleichsamt
BADV	Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBK	Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
BDBOS	Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
BeschA	Beschaffungsamt des BMI
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGF	Brutto-Grundfläche
BH	Bundeshaus
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BImA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BISp	Bundesinstitut für Sportwissenschaft
BKA	Bundeskriminalamt
BKG	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
BKM	Beauftragte für Kultur und Medien
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat

BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BPOL	Bundespolizei
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BVA	Bundesverwaltungsamt
bzw.	Beziehungsweise
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
CO ₂ e	Kohlenstoffdioxid Äquivalent
d.h.	das heißt
DFK	Deutsches Forum für Kriminalprävention
e.V.	eingetragener Verein
ELM	Einheitliches Liegenschaftsmanagement des Bundes
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GR	Graurheindorfer Straße
HS Bund	Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
IMA nöB	Interministerieller Ausschuss für nachhaltige öffentliche Beschaffung
iNet	Intranet
IT	Informationstechnik
KdB	Kaufhaus des Bundes
Kfz	Kraftfahrzeug
kg	Kilogramm
KKB	Koordinierungsstelle Klimaneutrale Bundesverwaltung
KNB	Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung
kWh	Kilowattstunde
LKW	Lastkraftwagen
m ²	Quadratmeter
m ³	Kubikmeter
MW	Moabiter Werder
NGF	Nettogrundfläche
PDCA	Plan-Do-Check-Act
PKW	Personenkraftwagen
PV-Anlage	Photovoltaik-Anlage
StBA	Statistisches Bundesamt
t	Tonne
THW	Technisches Hilfswerk
u. a.	unter anderem
VZÄ	Vollzeitäquivalent
Z II	Zentrale Dienste II
z.B.	zum Beispiel
ZITiS	Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin
Internet: www.bmi.bund.de

Stand

Februar 2024

Gestaltung

familie redlich AG – Agentur für Marken und Kommunikation
KOMPAKT MEDIEN – Agentur für Kommunikation GmbH

Bildnachweis

BMI / Henning Schacht / Titel, S. 5, S. 10

Adobe Stock / Parradee / S. 6

Adobe Stock / Goss Vitalij / S. 8





Adobe Stock / malp / S. 16

Adobe Stock / M Bam / peopleimages.com / S. 29

Artikelnummer: BMI24007



www.bmi.bund.de

-  social.bund.de/@bmi
-  twitter.com/BMI_Bund
-  youtube.com/@BMIBund
-  instagram.com/bmi_bund